

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacaos
Desserts.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Warenstraße 38/40.

Bezugsgebühr
In Dresden für den Druck der Nachrichten ...
Für den Vertrieb ...
Für den Versand ...

Anzeigen-Tarif
Erste Spalte ...
Zweite Spalte ...
Dritte Spalte ...

Wieder prächtige Neuheiten
eingetroffen in Kronleuchtern und
anderen Beleuchtungsgegenständen
bei **Ebeling & Croener**,
Dresden, Bankstrasse 11.



Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Wägen
Puffer
Riemen aus

**Gummi
Guttapercha
Asbest**

fertigt
garantirt
halten
Quantität
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Zahnbleichpaste

„Chlorodont“, spezifisch gegen üblen Mundgeruch, Tube 75 Pfg.
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Hauptdepot:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Alpine Volkstrachten für Kostümfeste echt und in konkurrenzloser Auswahl nur im **Tiroler-Geschäft** **Jos. Fiechtl**, Schloss-Strasse 23.

Für eilige Leser.

Plutmaßliche Bitterung: Kälter, Schnee.
Der Schleiter der Pierrette, Pantomime von Arthur Schnitzler, Musik von Ernst v. Dohnanyi, fand bei seiner geistigen Krausführung im hiesigen Opernhaus kühnsten Beifall.
Handelsminister Sadow beantwortete gestern im Reichstagen Abgeordnetenhaus die Zentrum-Interpellation über den Arbeitsnachweis im Ruhr-Revier.
Welter fand der feierliche Einzug des Großherzog-paares in Weimar statt.
Die Erdbebenstation der Technischen Hochschule zu Aachen registrierte ein gewaltiges Erdbeben.
Prinzessin Luise von Belgien wird nunmehr unter Vormundschaft gestellt werden.
Der Eiffelturm in Paris ist durch starke Boden-senkungen gefährdet.

Zollkrieg mit Amerika oder nicht?

Das ist jetzt die große Frage in unserer Handelspolitik, wie „Wein oder Nichtwein“ im Gamlet. Am 7. Februar geht das bestehende Übereinkommen, das die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika seit 1907 provisorisch regelte, auf Grund der von Washington aus im Anschluß an den neuen Pannetarif vollzogenen Kündigung zu Ende, und wenn bis dahin der Abschluß einer anderweitigen Vereinbarung nicht ermächtigt werden kann, so tritt zwischen beiden Staaten ein wirtschaftlicher Kampfzustand ins Leben. Damit wären für uns schwere, einschneidende Schädigungen haben wie drüber verbunden, daß alle besonnenen Elemente sowohl bei uns wie jenseits des „großen Teiches“ eine gütliche Verständigung lebhaft wünschen müssen. Eine solche ist auch wohl zu erzielen, sofern nur die Amerikaner nicht Forderungen an uns stellen, die als schlechtes unerfüllbar bezeichnet werden müssen. In die letztgedachte Kategorie aber gehört ganz unzweifelhaft das Verlangen nach besonderen Erleichterungen für die amerikanische Fleisch-einfuhr, die bekanntlich aus zwingenden gesundheitlichen Gründen bei uns mehrfachen Beschränkungen unterliegt. Je klarer und unzweifelhafter den maßgebenden amerikanischen Kreisen von unserer Seite von vornherein die Ueberzeugung beigebracht wird, daß in diesem Punkte auf eine wesentliche Nachgiebigkeit Deutschland nicht zu rechnen ist, desto vorteilhafter wird es für die rechtzeitige Klärung der handelspolitischen Lage sein, die diesmal ein erhebliches anderes Gesicht zeigt, als früher, soweit die Entschlossenheit der deutschen öffentlichen Meinung und der deutschen Regierung zu einer energischen Abwehr amerikanischer Ueberbehrlichkeit in Betracht kommt. Leider hat ein Teil unserer freisinnig, frei-händlerischen Presse auch in der jetzigen kritischen Lage es sich, abler Gewohnheit gemäß, nicht verlaßen können, die Geschäfte des Auslandes dadurch zu besorgen, daß die pflichtgemäße Rücksichtnahme auf die Volksgesundheit gegen-über der amerikanischen Fleisch-einfuhr als „agrari-sche Interessenpolitik“ verächtigt wurde. Zur Widerlegung dieser tendenziösen Unterstellung kommt nun gerade recht ein amtlicher amerikanischer Bericht, worin der Verfasser Dr. Melvin, der Vorkerber des Amtes für Viehbauch bei der amerikanischen Bundesregierung ist, über die dortige Fleischinspektion sehr obfällia urteilt. Er erklärt u. a. daß die Regierungsbeamten in den einzelnen Staaten mangels genügender Autorität ihre Maßnahmen nicht durch-zuführen vermöchten, und daß daher Tag für Tag krankes und verdächtigtes Schlachtvieh in niemals inspizierte Schlachthäuser eingeführt werde; durch die Unzulänglich-keit der amtlichen Fleischschau würden die amerikanischen Verbraucher in ihrer Gesundheit „wirklich und ernstlich gefährdet“. Auf Grund dieses Berichtes tritt die „Reinisch-Wirtschaftliche Zeitung“, also ein Blatt, das nicht eine Spur von „Agrarierthum“ an sich hat, sondern den Kreisen der Großindustrie nahesteht, nach-drücklich für den deutschen Standpunkt ein, daß die Ueber-wachung der Fleisch-einfuhr Sache der gesundheits-polizeilichen und nicht der handelspolitischen Gesetzgebung sei, und daß Ausnahmen von den durch unsere Veterinär-gesetzgebung getroffenen Bestimmungen den Vereinigten Staaten ebenso wenig wie anderen Ländern zugebilligt werden könnten. Das Organ des Bundes der Landwirte gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß es hier wieder einmal mit einem angesehenen nationalen Blatte aus dem industriellen Lager vollkommen einer Ansicht sein könne.

Dies muß zur Steuer der Wahrheit gegenüber den Quer-tretbereien der extremen freihändlerischen Presse festgehalten werden. Auch mag bei der gleichen Gelegenheit daran erinnert sein, daß gerade die konservative Reichstags-fraktion es gewesen ist, die angesichts der zollpolitischen Schwierigkeiten mit Amerika den Antrag eingebracht hat, die Regierung solle auf Maßnahmen Bedacht nehmen, welche die Interessen der deutschen Exportindustrie sicher zu stellen geeignet seien.
Um den Preis einer einseitigen Bevorzugung Amerikas im Punkte der Fleischschau auf Kosten der deutschen Volksgesundheit wird eine handelspolitische Verständigung also jedenfalls nicht zu erzielen sein. Da gleichzeitig auch Frankreich keinerlei Neigung zeigt, nach der amerika-nischen zollpolitischen Preise zu tanzen, sondern bereits seinen Generaltarif gegen die Vereinigten Staaten in Kraft gesetzt hat, und da ferner auch Oesterreich-Ungarn und zuletzt, aber nicht am wenigsten, Kanada sich anschicken, Amerika gegenüber Gleiches mit Gleichem zu vergelten, so beginnt in der amerikanischen Presse bereits ein etwas launlicher Wind zu wehen. Es kommt die Einsicht zum Durchbruch, daß die Aufrechterhaltung der Bestimmungen der deut-schen Fleischschau-Gesetzgebung nicht als unbillige Beein-trächtigung spezifisch amerikanischer Interessen angesehen werden könne, weil sie ja nicht ausschließlich gegen ameri-kanisches Vieh und Fleisch, sondern gleichmäßig gegen alle Verfünde dieser Art ohne Unterschied gerichtet sei. Dabei wird die Wichtigkeit eines unge störten Handels-verkehrs mit Deutschland betont, und der Wunsch ausgesprochen, daß ein Zollkrieg verhütet werden möge.
Der Wirtschaftliche Ausschuh, der morgen in Berlin zusammentritt, um über die weitere Gehaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu beraten, findet folgende Lage vor: Am 7. Februar läuft das deutsch-amerikanische Handelsprovisorium ab, während der amerikanische Höchsttarif kraft gesetzlicher Bestimmung erst vom 1. April ab anwendbar ist. Danach gelten vom 7. Februar an für die deutsche Einfuhr in Amerika auf jeden Fall die durchschnittlich um 10 Prozent gegen früher erhöhten Sätze des neuen Mindesttarifs, die sich noch um weitere 25 Prozent, also bis auf 35 Prozent erhöhen, falls am 1. April mangels einer gütlichen Verein-barrung der amerikanische Höchsttarif gegen uns in Geltung tritt. Es fragt sich nun für uns zunächst, wie wir uns in der Zwischengzeit vom 7. Februar bis zum 1. April 1910 verhalten sollen. Es wäre in den Augen der Amerikaner lediglich ein Beweis von Schwäche, die unsere Stellung erschweren würde, wenn wir innerhalb dieses Provisoriums fortfahren wollten, Amerika trotz seiner 10prozentigen Zollserhöhung die bis-herige teilweise Rechtsbegünstigung zu gewähren. Wir werden vielmehr konsequenter Weise genau so handeln müssen, wie das in ähnlicher Lage befindliche Frankreich, das nicht gesögert hat, sofort seinen Höchsttarif auf die amerikanische Einfuhr anzuwenden. Vom 1. April an würden dann im Falle des Ausbruchs der zollpolitischen Feindschaften auf unserer Seite noch die Anwendung der harten Waffen hinzukommen, die wir uns in unserem Zollgesetz mit Rücksicht auf die Möglichkeit von Zollkriegen geschmeidig haben. So können zollpolitische Waren, die aus Ländern herkommen, in denen deutsche Schiffe oder Waren ungünstiger behandelt werden als diejenigen anderer Länder, einem Zollzuschlag bis zum doppelten Betrage des tarifmäßigen Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden, und ferner können tarifmäßig zollfreie Waren unter der gleichen Voraus-setzung mit einem Zolle in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden. Auch würde sich eine ernsthafte Erwägung des bereits früher von industrieller Seite gemachten Vor-schlages empfehlen, daß wir gegebenenfalls die nord-amerikanische Einfuhr in Deutschland genau so behandeln, wie es sich die deutsche Einfuhr in der Union gefallen lassen muß. Es wären daher über alle amerikanischen Sendungen nach Deutschland deutsche Konsulatsfaktoren gegen Ge-bühren auszustellen und die zuständigen deutschen Be-hörden in Amerika mit der Besugnis auszurüsten, sich die Versteilungswelse und die Versteilungsart nachweisen zu lassen.
Wenn wir überhaupt in unserer handelspolitischen Stellung gegenüber dem Auslande und ganz besonders gegenüber Amerika auf einen grünen Zweig kommen wollen, so kann uns dazu nur die nachdrückliche Befolgung des Grundsatzes verhelfen, daß Energie die oberste aller Tugenden ist. Wie sehr diese Erkenntnis bei unseren

führenden Parteien Schule gemacht hat, beweisen die jüngsten Reichstagsverhandlungen über den Handels-vertrag mit Portugal mit erfrischender Deutlichkeit. Viel-leicht hat man in Washington erwartet, daß die deutsche Regierung sich durch die Aussicht auf einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten ins Besohorn jagen und sich zu übereilten Zugeständnissen drängen ließe, doch um der Notwendigkeit energischer Abwehrmaßnahmen gegen den amerikanischen Höchsttarif zu entgehen. Es wird daher einer solchen und zielbewußten Entschlossenheit der leitenden deutschen Kreise bedürfen, um diesen amerikanischen Irrtum gründlich zu zerstreuen. Je eher er beseitigt wird, je klarer die Amerikaner erkennen, daß wir uns unbillig-ke Forderungen nicht abtroyen lassen, desto sicherer werden wir auch auf ein vernünftiges Entgegenkommen in Washington rechnen dürfen. Zu dem Zwecke braucht die Regierung nur fest auf dem Standpunkt zu beharren, den der Staatssekretär von Schoen im Reichstags mit den Worten bezeichnet hat: „Es ist selbstverständlich, daß die Regierung beharrlich bleibt, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, alles, was geschehen kann, um unsere Handelsinteressen nicht schädigen zu lassen.“

Neueste Drahtmeldungen

vom 22. Januar.
Preussischer Landtag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnet-haus erledigte heute zunächst eine Anzahl kleinerer Gesetze. Beim Wunschat wurde von verschiedenen Rednern die Form des neuen 25 Pfg-Stückes bemängelt. Abg. Dr. Hörendt sagte, das Publikum sehe diese neue Münze als eine Art Spielmarke an. Münztechnisch und künstlerisch sei der Versuch mit der Schaffung dieses Geldstückes misslungen. Im Mittelalter habe man sich auf die künstlerische Ausführung der Münzen besser verstanden, und das Ausland sei uns auch heute darin über. Man sollte lieber mehr 3 Mark-Stücke ausprägen. Der Bedarf hierin sei noch nicht gedeckt. Auch in unserer Denkmünzen-Prägung ständen wir hinter dem Auslande zurück. — Bei dem Etat der Gelesia multa regte Dr. Hörendt die Aufnahme wenigstens der wichtigsten Gesetze in die Schulbibliothek an. Die Gesetzeskunde müsse im Volke mehr verbreitet werden. — Dann beantwortete Handels-minister Sadow die Zentrum-Interpellation über den Arbeitsnachweis im Ruhrrevier. Trotz der aus-führlichen Reichstagsdebatten über diese Frage ist ihre weitere Klärung in diesem Sinne angebracht. Bei dieser Sachlage habe jede halbwegs ernsthafte Organisation des Arbeitsnachweises willkommen sein müssen. Früher hätten die Arbeiter den einseitigen Arbeitsnachweis gefordert, freilich für sich, um die Forderungen zu zwingen, nur unter der Bedingung der Arbeiterorganisationen Arbeiter einzustellen. Wenn die Arbeitgeber jetzt Nachweise mit ähnlichen Tendenzen verlangten, so gelte dann eben das Wort: „Wie es in den Wald hineinfallt, so schallt es wieder heraus.“ (Unruhe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Es müsse aber verhindert werden, daß der einseitige Arbeits-nachweis nicht zugleich ein Kampfmittel werde. (Sehr richtig!) In den Arbeitsnachweisen der Forderungen hätten sich Bestimmungen gefunden, die ihm bedeutlich erschienen. Es sei ihm gelungen, die Forderungen für Ausmerzung dieser die Freizügigkeit der Arbeiter beschränkenden Bestimmungen zu veranlassen. Es sei getan worden, der Streik werde kommen. Solche Worte halte er für gefährlich, denn damit komme eine Spannung der Situation, in der ein kleiner Funke genüge, um eine schwere Entladung herbei-zuführen. (Sehr richtig! richtig.) Ein solcher Streik würde nicht nur unser ganzes Wirtschaftsleben schwer schädigen, er würde auch den Sieger nicht ohne brennende Narben aus dem Kampf ziehen lassen. Die bisherigen Zustände im Ruhrrevier seien, was den Arbeitsnachweis anbeht, geradezu anarchoisch gewesen, alle Mißstände des Agenten-wesens hätten sich hier gezeigt. Die Agenten seien vornehmlich auf Stellenvermittlungspvosition ausgegangen. Die Arbeiter selbst hätten bei den Bemühungen um Arbeits-geschäften viel Zeit verloren, auch hätten sie oft auf mehreren Forderungen zugleich Arbeit angenommen, was den Forderungen sehr schädlich. Die Forderungen hätten einander die Arbeiter abgeciagt. Die Aussichten für den Sieg sind für die Arbeiter um so geringer, je früher der Streik ist. Die Staatsregierung wird nichts unversucht lassen, solchen Streiks vorzubeugen, und sie wird sich dabei nur leiten lassen von einer unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes, von den Grundfäden der Gerechtigkeit und Billigkeit gegen-über Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (Beifall.) — In der sich anschließenden Deppredung billigten die Abg. Dirck-Offen (nat.) und Krause-Waldenburg (freis.) die Haltung der Regierung. Auch Abg. Schilling (freis. Volksp.) erkannte an, daß die Regierung nicht und Schattten gleichmäßig verteilte. Den entgegengelesenen Standpunkt nahmen nur der Abg. Korsant (Pole) und der Abg. Leinert (Zoa.) ein. — Abg. Ambush (Zentr.), der seiner Freude über die Rettung der sechs auf Grube „Holland“ verhängten Vergalente Ausdruck gab, hoffte, daß der neue Arbeitsnachweis von den Forderungen sonat gehandhabt werde, sonst müsse er geändert werden. — Montag: Land-wirtschaftsetat.

Handschuhe Altmarkt 8
Spezial-Geschäft — Gebirgs-Handschuhe
Gebirgs-Handschuhe — Gebirgs-Handschuhe